



# „Wollen keine amerikanischen Verhältnisse“

Das **Arbeitsförderungsinstitut** will auf die essenzielle **Rolle des Wohlfahrtsstaates** aufmerksam machen. Italien brilliert dabei mit Sozialausgaben für Rentenleistungen, läuft jedoch bei Investitionen in **Familie** und Kinder auf Sparflamme.

von Christian Frank

Der sogenannte Wohlfahrtsstaat findet gerne in agitatorischen Reden rechter politischer Bewegungen seinen pejorativ assoziierten Platz. Gänzlich anders sieht dies jedoch das Arbeitsförderungsinstitut (AFI).

„Der Wohlfahrtsstaat ist die europäische Antwort auf den Kapitalismus und eine der großen Errungenschaften der Gewerkschaften“, konstatiert AFI-Präsident Andreas Dorigoni.

Im Grunde findet man in allen europäischen Ländern unterschiedliche Ausprägungen des Wohlfahrtsstaates. Er ist eine Charakteristik eines modernen Staates, der umfassende Absicherungen sowie Maßnahmen für die soziale Sicherheit und das Wohlbefinden der Bürger bietet. Diese Garantie des Wohlbefindens kämpft jedoch angesichts der aktuellen Krisen um ihr Bestehen.

„Altersarmut, Fachkräftemangel, Migration und der demografische Wandel stellen die Resilienz des Wohlfahrtsstaates auf die Probe“, stellt Soziallandesrätin Rosmarie

**„Altersarmut, Fachkräftemangel, Migration und der demografische Wandel stellen die Resilienz des Wohlfahrtsstaates auf die Probe.“**

Rosmarie Pamer

Pamer fest und fügt hinzu: „Wir wissen in der Landesregierung um den Handlungsbedarf und haben bereits Maßnahmen ausgearbeitet, die es jetzt umzusetzen gilt. Wir haben auf allen Ebenen entsprechende Strukturen geschaffen, doch der Weg zu einer gerechten, inklusiven Gesellschaft ist niemals abgeschlossen.“

Im Durchschnitt geben die EU-Länder 29,9 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Sozialleistungen aus. Italien liegt mit 31,8 Prozent sogar über diesem Durchschnitt und befindet sich damit auf Platz vier der Länder mit den höchsten Sozialausgaben. Frankreich führt die Liste an, gefolgt von Österreich.

Während die investierte Summe lässlich ist, zeigen sich laut AFI-Forscherin Aline Lupa starke Un-



**Wohlfahrtsstaat Italien:** Mangelnde Investitionen in Familie und Kinder

terschiede bei der Prioritätensetzung dieses Sozialschutzes. Die Situation in Italien betrachtet, erschließen sich hierbei besonders Zukunftssorgen.

Italiens Wohlfahrt ist stark von Rentenleistungen geprägt – sie machen mit 47,4 Prozent fast die Hälfte der gesamten Sozialausgaben aus. Im Jahr 2021 gab Italien laut AFI über 4.400 Euro pro Kopf für die Altersvorsorge aus. Damit rangiert der Stiefelstaat auf dem ersten Platz und liegt weit über dem EU-Durchschnitt von 3.700 Euro. Wesentlich defizitärer gestalten sich jedoch Italiens Sozialleistungen für Familie und Kinder. Mit lediglich 1,2 Prozent des italienischen Bruttoinlandsprodukts und 379 Euro pro Kopf trägt Italien beinahe die rote Laterne der EU-Staaten – einzig unterboten von Irland. Deutschland brilliert mit 3,6 Prozent des BIP und 1.450 Euro pro Kopf auf Platz eins.

„Trotz des Geburtenrückgangs und der stark alternden Bevölkerung verfolgt Italien hier mit nur 1,2 Prozent des BIP weiterhin einen Sparkurs und liegt damit weit hinter dem europäischen Durchschnitt von 2,4 Prozent“, so Lupa. Die AFI-Forscherin spricht von Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs, weitreichenden Transfor-

mationsprozessen und mangelnden Investitionen, um diesen Paradigmenwechseln zu begegnen.

„In Italien, wo immer noch ein familistisches System vorherrscht, in dem die Familie die zentrale Instanz für die Gewährleistung sozialer Sicherheit ist, steht die Zukunftsfähigkeit des Wohlfahrts-



Aline Lupa



Stefan Perini

staates durch die zunehmend alternde Bevölkerung umso mehr auf dem Spiel“, warnt Lupa. Im Großen und Ganzen folgt beziehungsweise übertrifft Italien den EU-Trend. Denn im Durchschnitt nehmen Sozialausgaben für das Alter mit 39,8 Prozent den größten Anteil der Investitionssumme ein, gefolgt von rund 30 Prozent für Krankheit und Gesundheit. Familie und Kinder kommen lediglich 8,3 Prozent der Sozialausgaben zugute. Die Sorge um die Resilienz des Wohlfahrtsstaates zum Anlass nehmend, orientierte sich das AFI an

sozialen Angeboten in anderen EU-Ländern, um Inspiration für die Südtiroler Realität einzuholen.

„Der Wohlfahrtsstaat, insbesondere in einer Zeit, die mehr und mehr von sozioökonomischen Veränderungen sowie daraus resultierenden sozialen Ungleichheiten und wirtschaftlichen Unsicherheiten geprägt ist, muss eine zentrale Stütze moderner Gesellschaften bleiben. Wir wollen keine amerikanischen Verhältnisse“, so AFI-Präsident Stefan Perini. Damit spielt er auf das wesentlich eingeschränktere Sozialsystem der Vereinigten Staaten an.

Der AFI-Präsident führt die gleichberechtigte Elternzeit in Schweden als lobenswertes Vorbild an. Dort können 90 von 480 Tagen nicht von den Vätern auf die Mütter übertragen werden. Zudem nennt Perini die in der Schweiz agierende gemeinnützige Wohnbaugenossenschaft, die den Fokus auf ein ungeteiltes Eigentum richtet. Damit wird Wohnraum den Marktspekulationen entzogen und erschwinglich gestaltet.

„Wir müssen uns fragen, was andere Länder besser machen und was wir daraus lernen können“, stellt Perini die Frage in den Raum. Auch Landesrätin Pamer begrüßt den Blick über die Landesgrenzen: „Es ist wichtig, derlei Initiativen auf die Südtiroler Realität herunterzubrechen.“